



## Es reicht meint Ed Koch



Foto: Lars Düsterhöft

Es ist genug, was man in dieser Stadt zu ertragen hat, es reicht. Auch wenn Anschläge auf Büros von Politikern schon zum Alltag gehören, muss man sich nicht daran gewöhnen. Jüngstes Opfer ist der SPD-Abgeordnete **Lars Düsterhöft**. Auch wenn es sich nach erstem Anschein nicht um Einschusslöcher handelt, so soll es doch zumindest so aussehen.

Neben dem beschädigten Bild des Politikers, eine Parole: „Wir verurteilen Deutschland für den Genozid.“ Wer ist „Wir“ und wer maßt sich an, Deutschland für einen Genozid verurteilen zu wollen? Gemeint ist ja nicht der tatsächliche Versuch Nazi-Deutschlands, an den Juden Europas einen Genozid zu vollführen, dem immerhin sechs Millionen Menschen zum Opfer fielen, sondern der angebliche Versuch Israels einen Völkermord an den Palästinensern zu verüben.

Es ist unbestritten, dass die berechtigte Reaktion Israels auf den Mordanschlag vom 7. Oktober des letzten Jahres, die Terrororganisation Hamas vernichten zu wollen, zu viele Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen gefordert hat. Dennoch handelt es sich hier nicht um einen Völkermord. Wenn pro-palästinensische Demonstranten, die die Hamas für eine Freiheitsbewegung halten, „from the river tot he sea“ rufen, dann meinen sie damit die Vernichtung Israels. Sie beklagen also einen angeblichen Völkermord an den Palästinensern und rufen zu einem Völkermord an den Juden auf.

Es ist das Problem jeder multikulturellen Metropole, dass sich alle Konflikte, die irgendwo auf der Welt ausgetragen werden, wie in einem Brennglas hier widerspiegeln. Wo auch immer Diktatoren ihr Unwesen treiben, ist eine Gruppe von Menschen aus diesem Land bei uns ansässig und geht dagegen auf die Straße. Natürlich, wo sonst, im eigenen Land würden sie sofort festgenommen werden. Es ist wichtig, auf das Elend in dieser Welt hinzuweisen, aber auch

ziemlich bequem, hat man doch hier nichts zu befürchten, weil alle Demonstrationen grundgesetzlich erlaubt sind. Es finden inzwischen aber zu viele Stellvertreter-Demos statt. Es kann auch nicht sein, dass ständig wichtige Verkehrsverbindungen in der Stadt wegen unzähliger Demonstrationen lahmgelegt werden. Es gibt schon genügend Einschränkungen durch so genannte Fan-Meilen und unsinnige Fahrraddeos. Dazu gibt's am Freitag einen Beitrag.

Blicken wir noch einmal auf den Alltagsterrorismus in Berlin. Auch wenn die vielen politischen Demonstrationen nerven, so gehören sie in einer Demokratie dazu. Was nicht akzeptiert werden kann, sind Anschläge wie die auf Büros von Politikern, und erst recht nicht auf Politiker selbst.

Dass die Deutsche Bahn, obwohl man sie immer wieder darauf hingewiesen hat, ihre kritische Infrastruktur nicht ungeschützt zu lassen, dem nicht nachgekommen ist, ist schlimm genug. Schlimmer aber ist, wenn durch Kabelbrände tagelang der Schienenverkehr beeinträchtigt wird. Es gibt freilich Abstufungen von Terroranschlägen, aber, ob klein oder größer, Terroranschlag bleibt Terroranschlag.

Das gilt auch für Eingriffe in den Luftverkehr. Die Ziele der so genannten „Letzten Generation“ sind fraglos ehrenwert, sie dienen aber nicht zur Bekämpfung der unvermeidlichen Klimakatastrophe, die viele immer noch für Wetterphänomene halten. Zäune von Flughäfen durchzuschneiden und sich auf Rollbahnen festzukleben, ist kein Kavaliersdelikt, sondern ein Terrorakt, wenn auch auf der Skala weiter unten vermerkt.

„Man muss diesen letztlich harmlosen Störern schon dankbar sein, dass sie auf die massiven Sicherheitsmängel an Flughäfen aufmerksam machen. Es könnten auch Terroristen sein.“, sagt der Luftfahrtexperte **Heinrich Großbongardt**. Quelle: WDR

So kann man es natürlich auch sehen. Nein, die Mitglieder der „letzten Generation“ sind keine „harmlosen Störer“, sie richten mit ihren Aktionen immensen wirtschaftlichen Schaden an und schränken tausende von Menschen in ihrem Recht ein, sich frei und ungehindert, in diesem Land bewegen zu können.

Angesichts der mannigfachen Gefahr, in der wir uns befinden, von zunehmenden Messerattacken bis hin zu Eingriffen in die kritische Infrastruktur, müssen wir uns damit abfinden, künftig mehr Geld für unsere Sicherheit aufzuwenden. Ob kleine oder größere Terroristen, sie haben uns den Krieg erklärt. Frei nach Pistorius muss auch die Polizei kriegstüchtig werden.